

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Hinweise auf Bücher

Autor: B.W.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sie können aber auch Übel und Unrecht verbreiten. Er hat das Gefühl, als Künstler die Botschaft der Liebe verbreiten zu müssen, damit wir der Katastrophe entgehen. Daneben findet er auch Freude daran, seinen Zuhörern das Vergnügen und die Befriedigung zu bieten, die im Hören abstrakter Verbindungen schöner Klänge liegt.

In all seiner Musik, die einer Botschaft verpflichtet ist, ist die immer wiederkehrende Gestalt: der Mensch gegenüber der Meute, das unschuldige Opfer von Gewalt und Macht. Im «Peter Grimes», der Oper, die ihn als Komponisten von internationaler Bedeutung, als grössten englischen Musiker seit Purcell herausstellte – ist Peter der Einzelgänger, der von der Menge verfolgt wird, weil er – wie Britten sagt – «das Pech hat, anders zu sein als sie».

In Britten's neuer Oper für das Fernsehen, «Owen Wingrove», ist der Held ein junger Mann, der gegen den Zwang einer Familientradition ankämpft, weil er nicht Berufsmilitär werden kann.

Steckt nicht etwas von Britten selbst in seinem Helden?

Red.

HINWEISE AUF BÜCHER

Benjamin Spock, M. D. «Decent and Indecent» oder «Unser privates und politisches Benehmen», The McCall Publishing Company, New York.

Dieses Buch dürfte in absehbarer Zeit auf deutsch erscheinen. Wir möchten unseren Lesern dringend empfehlen, es sobald als möglich zu studieren.

Der Verfasser, Arzt und Professor der Medizin, hat es den «jungen Leuten gewidmet, Schwarzen und Weissen, die zusammengehauen, eingesperrt, ja sogar umgebracht werden, weil sie uns den Weg zur Gerechtigkeit weisen».

Dr. Spock ist in allen Kontinenten anerkannt als Autorität in Säuglingspflege und Kindererziehung: seine Bücher sind in mehr als 23 Millionen Exemplaren verkauft worden. Das Erfreuliche ist, dass wir es hier wieder einmal mit einem Wissenschaftler zu tun haben, dem sein Ruhm und seine Stellung in der amerikanischen Öffentlichkeit Verpflichtung bedeutet, gegen die Politik seiner Regierung zu protestieren. Dr. Spock arbeitete einst für die Wahl Johnsons, weil er glaubte, Johnson werde dem Vietnamkrieg ein Ende machen. Er hat sich seither, auch unter Nixon, mit Überzeugung gegen den verhängnisvollen politischen Niedergang der USA eingesetzt.

Sechs Jahre, nachdem er seinen ersten Demonstrationmarsch für den Frieden angeführt hatte, wurde er gerichtlich verurteilt, «weil er sich verschworen hatte, jungen Männern zu helfen, die aus Gewissensgründen dem militärischen Aufgebot Widerstand leisteten». Das Urteil ist seither widerrufen worden.

Auf Grund der Überzeugung, dass der Krieg gegen Vietnam rechtlich nicht begründet werden kann und in Anwendung des Nürnberger Prinzips, das die US-Regierung aufstellte und brauchte, um deutsche und japanische Kriegsverbrecher zu hängen, fand Dr. Spock, dass dieses Prinzip auch für Amerikaner gelte. Dieses Prinzip muss einst völkerrechtlich allgemein anerkannt werden, wenn wir auf dem Wege zu einer friedlichen Gesellschaft Fortschritte machen sollen. Es lautet: «Wenn dir deine Regierung (durch den militärischen Vorgesetzten) einen Befehl erteilt, der ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, so hast du die Pflicht, die Ausführung zu verweigern.» Dr. Spock hält dafür, dass er nicht wegen Ungehorsam bestraft wer-

den kann, sondern dass er im Gegenteil dem erwähnten Prinzip Nachachtung verschaffte.

Es wäre auch für uns in der Schweiz wertvoll, wenn die vielen, die zum Beispiel über die Behandlung der Dienstverweigerer im geheimen empört sind, sich durch die Zivilcourage dieses hervorragenden Arztes bewegen liessen, aus der «schweigenden Mehrheit» hervorzutreten und das Odium des «Nicht-ganz-Zuverlässigen» (siehe unser rotbraunes Elaborat über Zivilverteidigung) auf sich zu nehmen, statt die Faust im Sack zu machen.

Red.

Der Pearson-Bericht. Bestandesaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. 1969. Verlag Fritz Molden, Wien, Fr. 29.50.

Kurz vor Beginn des neuen Entwicklungsjahrzehnts übergab die Kommission für internationale Entwicklung ihren Bericht der Öffentlichkeit mit dem englischen Titel *Partners in Development*. Der deutsche Titel verrät den Namen des Präsidenten der Kommission, des Friedensnobelpreisträgers und früheren kanadischen Premierministers *Lester B. Pearson*. «Partner in der Entwicklung», dieser Titel weist für die neue Entwicklungsdekade neue Wege. Die bisher oft allzusehr protektionistischen und egoistischen Methoden der Entwicklungshilfe sollen auf echte Partnerschaft umgestellt werden.

Der Bericht von beinahe 500 Seiten umfasst drei Teile: eine *Analyse der Entwicklungslage* mit Empfehlungen für eine zukünftige Entwicklungsstrategie, eine *Darstellung der Lage in den Entwicklungsländern* nach Kontinenten und *statistische Tabellen* über die letzten zehn bis zwanzig Jahre. Diese geben Auskunft über das Erreichte, die Probleme der Zukunft, die Privatinvestitionen, das Ausmass der nötigen Hilfe, die Verschuldung der Entwicklungsländer usw.

Aus der Darstellung einzelner Entwicklungsländer ist die Vielschichtigkeit der Probleme erkennbar. Während bei den am wenigsten entwickelten Ländern Hilfe zur Entwicklung der Infrastruktur dringend notwendig ist, bedürfen die mehr entwickelten Länder einer günstigeren internationalen Handels- und Währungspolitik. Aus der Darstellung der Situation in *Indien* geht hervor, dass dieses Land als ein Prüfstein dafür betrachtet wird, ob die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes durch Hilfe von aussen entscheidend vorangetrieben werden kann. Man ist sich vielleicht in weiten Kreisen nicht bewusst, dass Indien, dessen Bevölkerungszahl höher ist als diejenige von Afrika und Lateinamerika zusammen, zu den Ländern zählt, die, pro Kopf der Bevölkerung, die geringste Entwicklungshilfe erhalten. Es scheint aber einer der am schwersten zu verteidigenden Aspekte der gegenwärtigen Entwicklungshilfepolitik zu sein, einem Land, wie gross es auch sei, wesentlich mehr ausländische Hilfe zukommen zu lassen, als es gegenwärtig bekommt. Indiens grösster Wunsch ist es auch, von ausländischer Entwicklungshilfe sobald wie möglich loszukommen, auch wenn damit ein langsames Wirtschaftswachstum in Kauf zu nehmen ist.

Nun aber zum Hauptteil, dem eigentlichen Bericht. Nach einer Darstellung der Entwicklungshilfe in den beiden vergangenen Jahrzehnten werden die schwierigsten Probleme einzeln gründlich erörtert und dazu jeweiligen *Empfehlungen* gegeben. Es betrifft dies vor allem die Handelspolitik, die privaten Auslandsinvestitionen, die Partnerschaft, den Umfang der Hilfe, die Entwicklungsverschuldung, eine erhöhte Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, bevölkerungspolitische Massnahmen und ein internationales Grundgerüst wirtschaftlicher Entwicklung, das eine Stärkung der multilateralen Entwicklungshilfe und Verbesserung der internationalen Koordination vorsieht.

Pearson fordert die Ausarbeitung einer Globalstrategie unter Einbeziehung der Entwicklungs-, der Handels- und der Investitionspolitik. Prinzipiell sollte diese von den Entwicklungsländern selber getragen werden, mit Unterstützung der reichen Nationen. Die staatlichen Beiträge der Geberländer sollten aber vergrössert werden, da die Verschuldung der Entwicklungsländer weiteren Investitionen zu Marktbedingungen enge Grenzen setzt. Einer der Hauptgründe für ihre «Hilfsbedürftigkeit» liegt in

der Ungleichheit der Stellung auf dem Weltmarkt. Erst durch eine Neuorientierung des Welthandels ist eine Entwicklung ohne wachsende finanzielle Abhängigkeit möglich.

Die grossen Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben und besonders in der Welthandelskonferenz zum Ausdruck kamen, können nur durch Partnerschaft überwunden werden, wenn Geber und Nehmer auf gemeinsame Ziele hinarbeiten. Die Einstellung auf eine Neuorientierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung von seiten der Industrienationen und der Zusammenschluss der Entwicklungsländer zu Grossraum-Wirtschaften sind Ziele einer echten Entwicklungspolitik.

Es ist hier nicht der Ort, auf alle Empfehlungen der Pearson-Kommission hinzuweisen, doch als Kriterium für die Aufgeschlossenheit dieses Berichtes (wegen der Zusammensetzung der Kommission wird er gelegentlich als konservativ bezeichnet) betrachten wir noch das Kapitel über private Auslandsinvestitionen. Wir wissen, dass diese in der Schweiz die öffentliche Hilfe um ein Vielfaches überschreiten, das heisst, dass die Schweiz für diese «Hilfe» mit etwa 1,3 Prozent an vierter Stelle steht, während sie bei der öffentlichen Hilfe mit 0,1 Prozent den allerletzten Platz einnimmt (bei einem Durchschnitt von 0,39 für 1968). Trotzdem wurde, auch von obersten Magistraten, immer wieder betont, dass die Schweiz mit 1,4 Prozent das von der UNCTAD festgelegte «Soll» von 1 Prozent weit überschritten habe. Zu dieser Problematik nimmt die Kommission im Kapitel «Privatkapital: eine Alternative zur Auslandshilfe?» folgendermassen Stellung (natürlich ohne speziell die Schweiz anzuvizieren):

«Einflussreiche Stimmen in fast allen industrialisierten Ländern vertreten die Meinung, dass Privatinvestitionen die offiziellen Hilfeleistungen ersetzen könnten und sollten. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist dies jedoch eine Illusion. Wenn man vom beschränkten Zutritt der Entwicklungsländer zu den Kapitalmärkten der Welt ausgeht, so sind private Kapitalströme zunächst einfach gar nicht verfügbar, um viele jener Investitionen zu finanzieren, die in den Entwicklungsländern besonders notwendig sind — Schulen, Strassen, Spitäler, Bewässerungssysteme und so weiter . . . Zweitens tendiert der private Kapitalstrom nach Ländern mit reichen Mineralvorkommen und ziemlich hohem Einkommen. Viele Länder Afrikas und Asiens erhalten fast kein Privatkapital . . . Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Industrieländer nur auf dem Wege der öffentlichen Hilfe die Last der schwächeren Mitglieder der internationalen Gemeinschaft tragen helfen . . . Für viele Entwicklungsländer ist die Auslandshilfe für Investitionen in der Infrastruktur eine Voraussetzung für Privatinvestitionen und geeignet, solche anzuregen.»

In einer anderen Sparte, die unseres Wissens unsere schweizerischen Verhältnisse weniger angeht, nämlich der *gebundenen Hilfe* (Verpflichtung, gewisse Waren zu bestimmten Preisen im Geberland zu kaufen), ist der Bericht ebenso kategorisch und verlangt, dass die Geberländer ihr Programm für gebundene Hilfe nicht weiter ausbauen. Ferner sollen sie den Empfängerstaaten gestatten, die aus Auslandshilfemitteln zu beschaffenden Waren in anderen Entwicklungsländern zu kaufen. Gewisse Kosten sollten aus den Statistiken über offizielle Entwicklungshilfe gestrichen werden.

Hier sollte auch die Forderung stehen, dass in Zukunft Waffenlieferungen nicht mehr als Beitrag an Entwicklungshilfe gerechnet werden dürften!

Im Kapitel der Entwicklungsverschuldung wird die erstaunlich hohe Rückzahlungsmoral der Entwicklungsländer erwähnt, welche die Gläubiger durch Grosszügigkeit belohnen sollten. Wenn auch gelegentlich ein Entwicklungsland durch eigenes Verschulden in ernste Schwierigkeiten gerät, so sind doch im allgemeinen die Verschuldungen nicht auf Misswirtschaft, sondern auf strukturelle Probleme zurückzuführen. Grosszügige Tilgungserleichterungen sind hier wohl der einzige Weg einer gesunden Entwicklungspolitik.

B. W.